

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #06/2018

3. März 2018

Die Fragen stellte **Philipp Alfter**, Student der Politik- und Medienwissenschaften in Bonn.

Philipp Alfter:

Frau Bundeskanzlerin, am Freitag treffen Sie in München anlässlich der Internationalen Handwerksmesse die Präsidenten der vier Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft. Das Motto des Münchener Spitzengesprächs lautet in diesem Jahr „Deutschland zusammenhalten, modernisieren, Sicherheit geben“. Was erhoffen Sie sich von dem Gespräch?

Bundeskanzlerin Merkel:

Es ist ja schon eine gute Tradition, einmal im Jahr - anlässlich der Handwerksmesse - mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft zusammenzukommen. Und ich erhoffe mir jetzt natürlich ein Gespräch auch auf der Basis unserer Koalitionsvereinbarungen: Was steht an? Welche Schwerpunkte haben wir gesetzt? Was sind die Erwartungen der Wirtschaft? Ich finde, dass die Messe unter einem sehr guten Motto steht, weil gerade auch die Frage des Zusammenhalts der Gesellschaft viele Menschen umtreibt. 15 Millionen Menschen etwa sind im Bereich des produzierenden Gewerbes und der Industrie tätig. Das heißt, die Frage „Wie wirkt sich die Digitalisierung auf diese Bereiche aus?“ treibt die Menschen um. Und viele fragen sich auch: Wird es für mich ein Vorteil sein, wenn sich die Welt in diese Richtung verändert oder werde ich vielleicht nicht mehr die Chancen haben, die ich heute habe? Und deshalb freue ich mich sehr auf dieses Gespräch.

Für die deutsche Wirtschaft sind insbesondere die mittelständischen Unternehmen eine treibende Kraft. Diese Betriebe stehen im Rahmen der Digitalisierung vor einigen Herausforderungen. Ziel der Modernisierung lautet „Industrie 4.0“. Was tut die Bundesregierung, um dem Mittelstand den Weg dorthin zu erleichtern?

Wir haben eine Reihe von Förderprogrammen, und wir haben eine Plattform entwickelt - „Industrie 4.0“. Und da helfen wir gerade dem Mittelstand, Anschluss zu gewinnen. Das heißt, die mittelständischen Unternehmen, die sich interessieren, können bei der Bundesregierung sehr konkrete Hilfe bekommen. Insgesamt arbeiten aber auch der Industrie- und Handelstag und das Handwerk sehr intensiv mit ihren Mittelständlern. Das heißt: Natürlich muss jeder seinen eigenen Betrieb dann auf die Dinge ausrichten, aber gerade, was Sicherheitsfragen anbelangt, was Standardfragen anbelangt, was das Cloud-Management anbelangt, da kann viel Unterstützung gegeben werden. Und ich glaube, das hat sich inzwischen auch im Mittelstand herumgesprochen, dass hier agiert und gehandelt werden muss.

Für die deutsche Wirtschaft spielt auch das Thema „Bürokratieabbau“ eine wichtige Rolle. Die Digitalisierung bietet diverse Möglichkeiten, Planungs- und Genehmigungsprozesse für Investitionen und Gründungen zu vereinfachen. Dennoch liegt Deutschland im Bereich des sogenannten E-Government im internationalen Vergleich nur auf Platz 8. Wird hier zu wenig für die Firmen getan?

Wir haben bereits einige Bürokratieabbauziele nur deshalb erreichen können, weil wir einfach auch elektronische Übermittlungen und Verfahren akzeptiert haben. Wir haben in der letzten Legislaturperiode alle Gesetze einmal durchgesehen und geschaut, wo eine reale Unterschrift zum Beispiel durch eine elektronische Unterschrift ersetzt werden kann. Und da sind wir an vielen Stellen fündig geworden; das bringt dann schon Erleichterungen. Aber, Sie haben vollkommen recht: Wir sind längst noch nicht da, wo wir sein müssten. Deshalb haben wir das Thema „Verwaltungsdigitalisierung“ ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt. Wir haben dafür sogar das Grundgesetz geändert, um ein Bürgerportal zu entwickeln. Das geht natürlich nur mit Ländern und Kommunen; und in einem föderalen Staat ist das gar nicht so einfach. Aber, es wird eines der großen Projekte in dieser Legislaturperiode sein. Und wir haben dafür auch schon die rechtlichen Voraussetzungen in der vergangenen Legislaturperiode geschaffen. Ich denke, da wird es noch viel Widerstand geben. Aber für die Menschen und auch gerade für die Unternehmen wird es von großem Nutzen sein. Und auch der Normenkontrollrat, der sich bei uns mit Bürokratieabbau beschäftigt, hat uns schon eine ganze Reihe von Hinweisen gegeben, wo wir hier besser werden müssen.

Im Motto des Münchener Spitzengesprächs steckt auch der Aspekt „Sicherheit geben“. Nach der Unternehmenssteuersenkung in den USA besteht die Befürchtung, dass Unternehmen aus Europa ihren Sitz in die Vereinigten Staaten verlegen. Wie wollen Sie eventuell betroffene Arbeitsplätze sichern, und wie kann die Wettbewerbsfähigkeit gerade von kleineren und mittleren Unternehmen gegenüber dem amerikanischen Markt erhalten werden?

Also, das Thema Steuern ist ein Thema, es ist nicht das alleinige Thema. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten sehr lange sehr hohe Unternehmenssteuersätze; jetzt hat sich das geändert. Natürlich werden wir die Entwicklung sehr intensiv begleiten und beobachten. Und, wir haben uns entschlossen – mit mehr Nachdruck als in der Vergangenheit – das Projekt „Gemeinsame Unternehmenssteuer mit Frankreich“ voranzutreiben. Und das auch gerade mit Blick auf die Situation in den Vereinigten Staaten. Das heißt, wenn wir überlegen, wie wir auch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern zwischen Frankreich und Deutschland entwickeln, werden auch die Realitäten, die wir jetzt in Amerika vorfinden, da eingehen. Und da erhoffe ich mir eigentlich – schon bis Ende des Jahres – einige Fortschritte.